

Familienpolitik und Kirche - Familienpolitische Aspekte in der Debatte um die Familienschrift der EKD

1. Familie als Sehnsuchtsort einer mobilen Gesellschaft

Zu den Trends, die laut Time-Magazin unser Leben verändern, gehört allerdings die „Versingelung“ der westlichen Gesellschaften: 28% aller US-Haushalte sind heute Single-Haushalte, verglichen mit 9% in den 50er Jahren - ein enormer Anstieg. In Schweden sind es übrigens 47%, in Großbritannien 34%, in Japan 31% – aber in Kenia nach wie vor nur 15%, in Indien sogar nur 3%. Der Soziologieprofessor Eric Klinenberg, kommt in seinem Artikel zu dem Ergebnis, dass Alleinleben der beste Weg ist, die modernen Werte einer individualistischen Gesellschaft zu leben: Freiheit, Selbstverwirklichung und Selbstkontrolle. Jedenfalls ist allein zu leben, längst kein Durchgangsstadium mehr. Single zu sein, ist eine Lebensform – genauso wie Alleinziehend zu sein. Von vielen frei gewählt oder in Übergangsphasen bewusst gestaltet. Auch viele Paare kennen Lebensphasen, in denen sie aus beruflichen Gründen über lange Zeit getrennt leben und die eigenen Spielräume neu ausloten. Immerhin jedes dritte Paar in den ersten Berufsjahren ist betroffen - und für viele ist das der selbstverständliche Preis für berufliche Mobilität und Karriere. Die jungen Frauen, die in Deutschland oder Polen von Ost mit der Arbeit von Ost nach West gezogen sind, die Familienväter, die montags bis freitags unterwegs sind, sie gehen den Märkten nach. Zurück bleiben die Alten und oft genug die Kinder. „Fernliebe und Familienglück – ein Widerspruch?“, fragt Alexandra Berger in ihrem Buch: „Liebe aus dem Koffer“. Sie nennt die Lebensformen der Mobilen beim Namen: „Weiblich, mobil, kinderlos“, „Männlich, mobil, Kinder – ein Lebensmodell auf Kosten der Frau“ – und „Mobiles Paar, verpasstes Familienleben.“

Genau wie Unternehmen in schwankenden Märkten, müssen Menschen ihre Finanz- und Lebensplanung anpassen, wenn sie nicht mehr mit einer festen Arbeitsstelle oder einem festen Einkommen rechnen können – so beschreibt Markus Väth¹ die Zukunft der Arbeitswelt. Auf den Prüfstand kommt dann alles, was Menschen bindet – und das geht über das Finanzielle hinaus. Ob

¹ Markus Väth, Cool down, Offenbach 2013

es um Familienplanung, Haus, Karriere oder Wohnort geht: In Zukunft werden wir sehr bewusst über die Bestandteile unseres Lebens entscheiden müssen. Die Frage ist, so Väth, wo wir als Gesellschaft die Grenze zwischen Flexibilität und Selbstaufgabe ziehen. Wofür nimmt der einzelne die Verantwortung, wofür der Staat und was ist die Herausforderung für die Wirtschaft? Die neue Unsicherheit gibt uns jedenfalls Gelegenheit, uns aktiv mit unseren Werten auseinander zu setzen. Und wenn wir in unserem Job keine Sicherheit mehr erwarten dürfen, werden wir uns andere Fixpunkte schaffen. Familie ist dabei für viele Menschen ganz zentral.

Ein glückliches Familienleben und eine stabile Partnerschaft gehören zu den sehnlichsten Wünschen der allermeisten Menschen. Und das gilt gerade für die Jungen. Dass heute jeder und jede selbst über ihren Lebensweg bestimmt, wird nicht als Gegensatz dazu erlebt. Klar – wir leben in einer individualistischen Gesellschaft. Aber gerade weil sich der Einzelne in der modernen Welt immer neu erfinden muss, gerade weil uns kaum noch Traditionen den Weg vorgeben, gerade weil daraus nicht nur Freiheit erwächst, sondern auch viel Unsicherheit – darum wünschen wir uns, in einer verlässlichen Gemeinschaft zu leben.

Familie zu leben aber scheint angesichts der Beschleunigung und der Zerreißproben, die wir heute erfahren, schwer geworden. Im Hamsterrad des Wettbewerbs, in dem viele sich verschleifen und ausbrennen, zerfällt der Lebenslauf in Projekte, angesichts der Mobilität schwindet die Möglichkeit, an einem Ort wirklich Wurzeln zu schlagen, Erfahrung wird durch Innovation entwertet und die schiere Zahl der Lebens- und Arbeitsbeziehungen bedroht die Dauer der Bindungen. Der Philosoph Hartmut Rosa beschreibt diese Prozesse als strukturelle Entfremdung und zeigt zugleich, wie sehr wir eben auf Erfahrungen und Beziehungen, auf Verortung angewiesen sind, um Resonanz zu erfahren.²

² Hartmut Rosa, Beschleunigung und Entfremdung, Berlin 2013

2. Gesellschaftliche Trends und familienpolitische Herausforderungen: zu Einsetzung und Auftrag der Ad-hoc-Kommission

Auf dem Hintergrund der Widersprüche und Zerreißproben, in denen Familien heute stehen, hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland vor vier Jahren eine ad-hoc-Kommission berufen, die kirchliche Empfehlungen für die aktuellen familienpolitischen Herausforderungen erarbeiten sollte.³ Die Kommission unter Leitung der ehemaligen Familienministerin Dr. Christine Bergmann bekam den Auftrag, sich mit der offensichtlichen Spannung zwischen dem Wunsch nach stabilen Ehen und Familien einerseits und der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit hohen Scheidungsrate und einer große Zahl Alleinlebender und Alleinerziehender andererseits auseinander zu setzen und angesichts der sozialpolitischen Rahmenbedingungen über die Bedeutung von Partnerschaft und Ehe für die Sorgearbeit nachzudenken. Von Anfang an hat die Kommission ihre Arbeit in der Spannung von Autonomie und Angewiesenheit gedacht. Die Zusammensetzung der Kommission – insgesamt 14 Mitglieder: Soziologinnen und Soziologen, Theologinnen und ein Theologe, Juristinnen – Menschen aus Politik und Kirche, Wissenschaft, Diakonie und Verbände – entsprach der anderer sozialpolitischen ad-hoc-Kommissionen und Kammern der EKD. Dass unter den 14 Personen in diesem Fall nur drei Männer waren, gab im Nachhinein Anlass zu Fragen. Tatsächlich spiegelt sich aber in der einzigartigen Dominanz von Frauen die Realität in diesem Arbeitsfeld.

Auf dem Hintergrund ihres Auftrags hat sich die ad-hoc-Kommission mit der soziologischen Wirklichkeit, den familienpolitischen Paradigmen, der Geschichte und Rechtslage beschäftigt, hat Herausforderungen und Brennpunkte der Familienpolitik benannt und schließlich politische wie auch praktisch-theologische Empfehlungen gegeben. Dabei ist die „Orientierungshilfe“ in die Reihe der gesellschaftspolitischen Schriften der EKD einzuordnen – wie „Gerechte Teilhabe“, die „Unternehmerdenkschrift“, oder die Orientierungshilfen

³ „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit, Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken, Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2013

zum demographischen Wandel – oder zur Gesundheitspolitik. Jeder dieser Texte hat auch ein theologisches Kapitel, die eine spezifische, kirchlich-theologische Perspektive in die Fachdebatte einbringt – und jedes hat auch ein Schlusskapitel, das die Empfehlungen auf die konkrete kirchlich-diakonische Arbeit bezieht. Gleichwohl sind die Begrifflichkeiten von den Fachwissenschaften geprägt – in diesem Fall also: Autonomie und Angewiesenheit, nicht Freiheit und Bindung. Es geht nicht um differenzierte innertheologische Auseinandersetzung mit Schrift und Tradition (auch wenn auf beides Bezug genommen wird), die Texte sind auch nicht als Grundsatz- oder „Katechismustexte“ oder als Seelsorge für die Gemeinde zu lesen, sie richten sich an die Verantwortlichen in einem bestimmten Arbeitsfeld von der Ebene der Politik bis zu der vor Ort.

Die Veränderungsprozesse und Herausforderungen, die Familien heute kennzeichnen, haben allesamt mit Modernisierungsprozessen zu tun – mit der überragenden Bedeutung von Bildung und Erwerbsarbeit in der Arbeitsgesellschaft, mit der Entwicklung von Autonomie, Individualität und Vielfalt und schließlich mit der wachsenden Ungleichheit und der Unterschätzung von Sorgearbeit. Drei will ich heraus greifen:

Erstens: Die Zeit für Familiengründung ist knapp geworden: Lange Ausbildungszeiten und schwierige Berufseinstiege haben zur Folge, dass die Geburt von Kindern im Lebenslauf immer weiter hinausgeschoben wird: Das Durchschnittsalter der Erstgebärenden liegt gegenwärtig bei 29 Jahren (Ostdeutschland: 27 Jahre), 60% der Kinder werden von Müttern zwischen 26-35 geboren (Statistisches Bundesamt 2012: 9f.). Und – auch daran sei hier erinnert – ein nicht kleiner Teil der betroffenen Frauen leiden darunter, dass ihr Kinderwunsch sich nicht, wie geplant erfüllt, weil die Zeit knapp geworden ist, weil sie den richtigen Partner nicht gefunden haben. Reproduktionsmedizin spielt bei der Familienplanung eine immer größere Rolle. 100.000 Samenspenderkinder leben inzwischen in Deutschland.

Zweitens: Die Vielfalt des Familienlebens nimmt zu. Ein Drittel aller Kinder werden nichtehelich geboren. Das sind doppelt so viele, wie noch vor zwanzig Jahren. Hier besteht allerdings ein markanter deutsch-deutscher Unterschied: Im Westen sind es nämlich nur 27% der Kinder, im Osten 61%.

Hochzeiten werden groß gefeiert. Aber die Ehe ist nicht mehr Voraussetzung, sondern Folge gemeinsamer Kinder. Dabei ist der Anteil alleinerziehender Familien (19%) deutlich angestiegen – auch hier zeigt sich allerdings ein großer Unterschied zwischen Ost und West. In Ostdeutschland machen verheiratete Familien nur noch knapp die Hälfte aus, während jede vierte Familie eine Ein-Eltern-Familie ist. Rund 11.500 Kinder, die meist aus früheren heterosexuellen Partnerschaften stammen, wachsen zudem in Regenbogenfamilien auf. Zwar sind noch 72% der Familien Ehepaare mit Kindern (BMFSFJ 2012: 22), aber Familien auf Ehebasis sind zunehmend Patchwork-Konstellationen. Das alles bedeutet: Familie ist nicht mehr die vielbeschworene „Gemeinschaft des Blutes“, sie ist nicht einfach Schicksalsgemeinschaft, sondern mehr und mehr auf Entscheidungen füreinander gegründet. Die Soziologie spricht inzwischen von Familie als „Herstellungsgemeinschaft“. Das bedeutet: Familie zu leben, braucht bewusste Arbeit an einer gemeinsamen Identität und Kultur und Zeit für vielfältige Kontakte – und eine gute finanzielle Basis. Auch in Brüchen Zusammenhalt zu leben ist eben leichter, wenn man das Ganze finanziell abfedern kann.

Der dritte Trend aber zeigt: die wächst gesellschaftliche und ökonomische Spreizung wächst – nicht nur deshalb, weil sich die sozialen Milieus in Deutschland in hohem Maße auseinander entwickeln. Auffällig ist die Polarisierung sozialer Lebenslagen zwischen Ein- und Zwei-Verdiener Haushalten, vor allem aber zwischen denen, die für Kinder sorgen und denen, die keine Kinder zu versorgen haben. Familienarbeit wird finanziell nur honoriert, wenn sie Ehe- oder Lebenspartnerschaft basiert ist. Auch deshalb sind Alleinerziehende, die kaum in Vollzeit arbeiten können, überdurchschnittlich häufig von Einkommensarmut betroffen: Mit einem Kind sind sie zu 46%, mit zwei und mehr Kindern sogar zu 62% armutsgefährdet. In Paarhaushalten liegt die Armutsrisikoquote dagegen je nach Kinderzahl zwischen 7 und 22%. Der Streit um Betreuungsgeld und Krippenplätze dreht sich nicht zuletzt um die Frage, was nötig ist, um die Chancen dieser Kinder zu verbessern.

Die Ausstattung mit Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorten ist in Deutschland noch immer so verschieden wie die Situation von Ehe und Familie. Hier zeigt sich: was wir für privat halten, ist es eben nicht. Es gibt einen

deutlichen Zusammenhang von Familienpolitiken und gesellschaftlicher Entwicklung.

3. Private Lebensformen und politische Rahmenbedingungen: zur Steuerungswirkung von Familienpolitiken

Das westdeutsche Modell der Familienpolitik, das uns nach wie vor selbstverständlich erscheint, setzt auf Subsidiarität: es gibt der kleinsten Einheit des persönlichen Miteinanders Raum und schafft dafür einen gesellschaftlich unterstützenden Rahmen. Es geht dabei traditionell von der Familie als Erwerbs- und Fürsorgegemeinschaft aus – mit vollerwerbstätigem Familienvorstand und einer Hausfrau und Mutter, die für Erziehung und Pflege sorgt. Diese Gemeinschaft wird vom Staat gefördert und finanziell gestützt – durch Ehegattensplitting und Mitversicherung von Frauen und Kindern über die an der Erwerbstätigkeit angekoppelten sozialen Sicherungssysteme. Zugleich baute das Bildungssystem von Kindergärten bis Halbtagsschulen darauf, dass einer der Ehepartner, in der Regel die Frauen, allenfalls halbtags arbeitete.

In Europa steht das deutsche Modell familienpolitisch in der Mitte – zwischen hoher Frauenerwerbstätigkeit, Individualbesteuerung, staatlicher Fürsorge und Ganztagschulen im staatlich-lutherischen Skandinavien oder im laizistisch-zentralistischen Frankreich einerseits und einer noch stärkeren Privatisierung von Familien und Fürsorgeleistungen im katholischen Italien oder Spanien. Dabei zeigt sich: es gibt keinen Zusammenhang zwischen hoher Geburtenrate und geringer Frauenerwerbstätigkeit – im Gegenteil. Wo die Infrastrukturleistungen Erwerbstätigkeit ermöglichen wie in Frankreich oder Skandinavien, ist die Geburtenrate hoch, wo sie fehlen, besonders niedrig.

Die Gleichberechtigung in der Erwerbsarbeit, die sich die Frauenbewegung im Westen seit Ende der 60er Jahren auf die Fahnen geschrieben hatte, galt lange Zeit als „**eine der größten Errungenschaften**“ **der DDR** und wurde seit den 1970er Jahren durch ein ganzes Bündel sozialpolitischer Maßnahmen mit Hilfen für Mutter und Kinder wie zur Vereinbarkeit von Fami-

lie und Beruf gestützt. Damit sollte sowohl der ‚Wille zum Kind‘ gestärkt werden; es ging aber auch um die Rekrutierung von Frauen für den Arbeitsmarkt. Und tatsächlich lag die Frauenerwerbsbeteiligung im Osten 1989 bei fast 90% im Gegensatz zu 55% in Westdeutschland. Inzwischen liegt sie bei 70% in Gesamtdeutschland – gleichwohl ist die Erwerbstundenzahl nicht gewachsen – der Normalfall ist die Teilzeit für Frauen.

Bis heute sind die Leitbilder der Familienpolitik strittig. Das ist auch an der Heftigkeit unserer Debatte zu spüren. Dabei ist es nicht das erste Mal, dass eine Debatte so heftig geführt wird. Auch in der Auseinandersetzung mit der „Unternehmerdenkschrift“ von 2008 gab es ähnlich grundsätzliche Kritik, wenn auch aus einem anderen politischen „Lager“ – die Schrift galt als neoliberal. Auch damals wurde beklagt, dass der theologische Teil zu „dünn“ sei, es gab Unterschriftenaktionen und Erklärungen mit dem Ziel der Rücknahme des Textes, wenige Monate später erschien eine Gegenschrift, bei der dann folgenden EKD-Synode wurde demonstriert. Interessanterweise ist diese Diskussion aber weder in den Medien noch in der Kirchenkonferenz wirklich wahrgenommen worden; und ich habe mich lange gefragt, warum das so ist. Offenbar rührt das Thema „Unternehmen und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ anders als das Thema „Familie“ nicht ans Selbstverständnis kirchlichen Handelns. Hier zeigt sich noch immer eine deutliche Spaltung zwischen der Welt von Wirtschaft und Arbeit mit ihrer ökonomisch-politischen Ausrichtung auf der einen Seite und der Welt von Kirche und Familie mit ihrer Orientierung an Nächstenliebe auf der anderen. Geld oder Liebe – Politik oder Religion – Außen und Innen – Männer- und Frauenwelt: Dass diese Dichotomie noch immer nicht überwunden ist, hätte ich mir zu Beginn meiner Berufstätigkeit nicht vorstellen können; und es ist deshalb problematisch, weil die so genannten „weichen“, die Fürsorge-Werte in Politik und Management den „harten“ ökonomischen immer noch nachgeordnet werden. Die Konsequenzen für Reproduktion und Wohlfahrt könnten gravierend werden – und sich am Ende auch ökonomisch auswirken.

Angesichts des kommenden Fachkräftemangels und des tiefgreifenden Strukturwandels am Arbeitsmarkt stehen Wirtschaft und Politik vor der

Herausforderung, Bildung, Erwerbsarbeit und die Fürsorge im Lebenslauf besser miteinander zu vereinbaren, gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen und neue Arrangements zwischen Familien und Dienstleistungen zu schaffen. Tatsächlich leben wir aber in einer Wirklichkeit, in der das Berufsleben absolute Priorität genießt und im Zweifel alles „sticht“, was aus dem Restleben hinüber ragt – ein krankes Kind, pflegebedürftige Eltern, ein verpflichtendes Ehrenamt. Dass wir dabei vor lauter Arbeit unser Leben verpassen könnten, bemerken wir oft viel zu spät. Aber ist es wirklich unsere Vision für die Zukunft? Wer wird dann die Aufgaben übernehmen, die traditionell von Frauen in der Familie übernommen wurden? Dabei unterscheiden sich die politische und wirtschaftliche Zielsetzung in der heutigen Bundesrepublik kaum noch von der oben beschriebenen: **angesichts des demografischen Wandels geht es inzwischen in ganz Deutschland um eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und zugleich um die Steigerung der Geburtenrate.**

Wenn es nicht gelingt, neue Lösungen zu finden, droht das Care-Defizit, von dem der Siebte Familienbericht bereits spricht. Klar ist dabei: eine vollständige Delegation der Carearbeit an Dienstleister ist nicht denkbar und auch nicht wünschenswert. Weil die notwendigen Fachkräfte fehlen, weil die Finanzierung einer solchen Infrastruktur eine erhebliche gesellschaftliche Umverteilung zur Folge hätte, vor allem aber, weil es bei den Care-Aufgaben um mehr als um bezahlbare Dienstleistungen geht. Im Unterschied zu Erwerbsarbeit geht es bei Familienaufgaben nicht um die Einsparung von Zeit und Effizienzsteigerung. Es geht nicht nur um ein gutes Zeitmanagement mit Quality-Time für die Kinder. Es geht um die Grundbedingungen 'guten Lebens', um Gemeinschaft und Solidarität, die unentbehrlich sind für das gedeihliche Aufwachsen von Kindern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sorgende und fürsorgliche Tätigkeiten in der Familie sind Arbeit; sie unterscheiden sich aber ihren Anforderungen und ihrer Qualität grundlegend von Lohnarbeit. Ihr Ziel ist nicht die Herstellung eines Produkts, sondern das Sich-Kümmern um das Wohlergehen eines/r anderen, das für

andere Da-Sein und Zeit haben, das gemeinsame Wachsen, Lernen, Erfahrungen sammeln. Väter und Mütter wissen das – sie wünschen sich deshalb eine besser Kombination aus langer Teilzeit bzw. kurzer Vollzeitarbeit und Familienzeit. Nach einer Studie des IAB halten Männer wie Frauen 30 Stunden für ideal – Frauen möchten aufstocken, Männer abbauen. Damit das gelingen kann, muss sich die Zeit, die Väter und Mütter, Töchter, Söhne und Partner mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben verbringen, auch im Steuer und Sozialversicherungsrecht niederschlagen. Die Anerkennung von Lebensleistungen, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Mütterrente, über die gerade gestritten wird, sind da nur ein Vorgeschmack.

4. Zwischen Fürsorge und Erwerbsarbeit: Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken

Eine Studie des Instituts für Bevölkerungsforschung, die vor einem halben Jahr erschien, zeigt: 82% aller Befragten wünschen sich Kinder, sie wollen Familie. Was fehlt, sind stärkende Strukturen und unterstützende Hilfen. „Familie ist, wo Kinder sind“, heißt denn auch die politische Formel, mit der die Vielfalt der Familienformen aufgenommen und in einem neuen Leitbild zusammengefasst wird. 88% der Befragten zwischen 20 und 39 Jahren sehen das genauso: sie verstehen auch schwule oder lesbische Lebensgemeinschaften mit Kindern als eine Form der Familie. Fast genau so hoch, jeweils über 80%, ist die Zustimmung im Blick auf Patchwork-Familien und alleinerziehende Mütter.

Gleichwohl ist der so genannte erweiterte Familienbegriff aber angesichts des demographischen Wandels unvollständig: Familie ist überall da, wo private Sorgearbeit geleistet und Zusammenhalt zwischen den Generationen gestaltet wird – das gilt auch für erwachsene Kinder mit ihren pflegebedürftigen Eltern. Die allermeisten Menschen sehnen sich nach einem solchen Raum der Geborgenheit, der wechselseitigen Fürsorge und Entlastung. Vielleicht gerade deshalb zerbrechen Familien an äußerer und innerer Überforderung. Denn die Erwartungen und Rollenbilder stoßen angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche an Grenzen.

Nicht nur Familien mit kleinen Kindern, auch solche mit pflegebedürftigen Angehörigen brauchen Unterstützung. Denn die meisten Menschen werden in der häuslichen Umgebung gepflegt und immer noch sind etwa 70% der pflegenden Angehörigen weiblich. Was bedeutet es eigentlich angesichts des künftigen Care-Defizits, dass Schätzungen von ca. zwei Millionen häuslich zu Pflegenden in zehn Jahren ausgehen? Wenn das Potenzial der Familienfrauen schwindet, werden sich Männer noch stärker als bisher an der häuslichen Pflege beteiligen müssen. Das heißt: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss also auch im Blick auf Pflege und sie muss für Männer wie Frauen durchbuchstabiert werden. Darin steckt eine große Chance, was den Wandel der Arbeitswelt betrifft. Schon jetzt haben große Firmen Vereinbarungen mit Tageseinrichtungen für Kinder oder mit Kurzzeitpflegeeinrichtungen geschlossen und bieten Notfallprogramme im Krankheits- und Pflegefall an.

Sie haben begriffen: die Investition in Carearbeit bietet die Voraussetzung dafür, dass Erwerbsarbeit überhaupt stattfinden kann. Und auch die Funktionsfähigkeit unseres Sozialstaats beruht nicht nur auf den Leistungen der Sozialversicherung, über die ganze Talkshowrunden lang diskutiert wird, sondern weit mehr auf der alltäglichen Haus- und Erziehungsarbeit, die in der Regel unsichtbar bleibt. Arbeit, die schon immer im Schatten stand, und zunehmend abgewertet wurde. Zunächst auf dem Hintergrund einer traditionellen Familienverfassung mit geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung, dann durch die Dynamik einer berufsorientierten Emanzipationsbewegung, die die traditionelle Geschlechterhierarchie thematisierte und auflöste. Am Ende dieser Entwicklung steht heute eine ökonomisierte Erwerbs- und Konsumgesellschaft, in der nichts gilt, was nichts kostet. Das gilt für die Fürsorgearbeit im privaten Bereich, aber auch für die professionelle Sorgearbeit, die nach wie vor ungleich schlechter bezahlt wird als die Arbeit in der Produktion.

Wenn alle erwachsenen Erwerbstätigen – Frauen wie Männer, unabhängig von ihren familialen Verpflichtungen – dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen, wie es sowohl im SGB II als auch im Unterhaltsrecht vorausgesetzt wird, dann brauchen Familien mehr Unterstützung bei Erziehung und

Pflege oder auch in Krisensituationen. Das wird aber nur gelingen, wenn die Berufe in diesen Arbeitsfeldern für Männer und Frauen attraktiv bleiben oder wieder werden. Fehlende Betreuungseinrichtungen, aber auch die nach wie vor unterschiedlichen Einkommen von Männern und Frauen führen zur Zeit dazu, dass vor allem Frauen ihre beruflichen Ambitionen zurückstellen, sobald Kinder geboren werden. Spätestens mit der Geburt des zweiten Kindes übernehmen sie den Hauptteil der Familien- und Hausarbeit. Laut *Brigitte-Studie* von Jutta Allmendinger stimmten im Jahr 2012 53 % der Frauen der Aussage zu: „Wer Kinder hat, kann keine wirkliche Karriere machen.“ (bei der Vorläuferstudie 2007 sagten das nur 36%). Die befragten jungen Mütter fühlten sich beruflich ausrangiert. Auch wenn sie sich gut vorstellen können, in den ersten ein, zwei Jahren mit einem Kleinkind zu Hause zu bleiben – mittelfristig wollen sie Beruf und Familie vereinbaren.

5. Familienpolitik und Kirche

Nach evangelischem Verständnis dürfen Autonomie und Angewiesenheit, berufliche Entwicklung und fürsorgliche Beziehungen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Leitlinie einer evangelisch ausgerichteten Förderung von Familien, Ehen und Lebenspartnerschaften muss deshalb die konsequente Stärkung aller fürsorglichen Beziehungen sein. Wo Menschen auf Dauer und im Zusammenhang der Generationen Verantwortung füreinander übernehmen, sollten sie Unterstützung in Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen finden. **„Die Form, in der Familie und Partnerschaft gelebt werden, darf dabei nicht entscheidend sein“**, heißt es in der Orientierungshilfe der EKD. „Alle familiären Beziehungen, in denen sich Menschen in Freiheit aneinander binden, füreinander Verantwortung übernehmen und eine verlässliche Partnerschaft eingehen, müssen auf die evangelische Kirche bauen können“.

An Passagen wie dieser hat sich die Debatte um die Orientierungshilfe entzündet. Viele haben eine stärkere Hervorhebung der Ehe als Leitbild jeder verbindlichen und verlässlichen Lebensform vermisst. Kritiker beziehen sich auf die „Schöpfungsordnung“, das „Scheidungsverbot“ Jesu und die Ablehnung von „homosexuellem Verhalten“ in den antiken biblischen Texten. Tat-

sächlich enthält die Orientierungshilfe in allen diesen Fällen implizit oder explizit eine andere „Einordnung“. Die Polarität der Schöpfung wird eben nicht nur als Geschlechterpolarität verstanden, das Scheidungsverbot wird vor allem als Schutz der Schwächeren interpretiert, die biblische Ablehnung der Homosexualität wird darin begründet, dass ein, unserem heutigen vergleichbares Konzept homosexueller Liebe auf Augenhöhe nicht existierte. Nun geht der Streit um die Frage, ob die Kritiker ihr eigenes, zeitbedingtes Selbstverständnis in die biblischen Texte „hineinlesen“ oder ob die Kommission sich mehr hätte verstören lassen müssen vom Einspruch der biblischen Texte. Dabei zeigt sich allerdings, dass auch die Kritiker irritierende Texte und Geschichten der Bibel gern überlesen – denn da gibt es gesegnete Viechen, uns begegnet die Rechtlosigkeit von Frauen und Kindern usw.

Auf diesem Hintergrund bleibt zu fragen, was eigentlich gemeint ist, wenn wir von Ehe und Familie sprechen. Über lange Zeit war eine Rechtsbeziehung, zu der auch mehr als eine Frau gehören konnte – ganz so, wie es uns heute z.T. im Islam begegnet. Und „Familie“ war zunächst nicht mehr als eine Hausgemeinschaft, zu der Sklaven wie Kinder dazu gehörten. Die Zeit, in der Familien Eigentumsverhältnisse waren, ist noch nicht lange vorbei – und auch die Zeit der Geschlechterhierarchie nicht. Bis zu Beginn der 70er Jahre entschieden Männer als Haushaltsvorstand über die Erwerbstätigkeit ihrer Frauen. Das scheint vergessen – vielleicht ist aber auch der Wunsch nach klaren Werten und nach Grenzen der Beliebigkeit genauso zu erklären. Jedenfalls bin ich überzeugt, dass die unterschiedlichen Familienformen von heute – die so genannte klassische Familie, Patchworkfamilien, Alleinerziehende, Adoptionsfamilien, Regenbogenfamilien – weit mehr gemeinsam haben als die traditionelle Familie mit den unterschiedlichen Familienformen der Bibel, ja noch der Reformations- und Neuzeit. Was wir unter Familie verstehen, ist in einem dauernden Wandel begriffen – und es wäre viel zu kurz gegriffen, diesen Wandel als Verfallsgeschichte zu verstehen. Denn er ging eben auch mit wachsenden Rechten für Frauen, Kinder, homosexuell Liebende und mit einem großen Zugewinn an Freiheit einher.

Dabei zeigt sich: Familie ist nicht nur ein privater Raum. Unsere Lebensformen sind in hohem Maße kulturell, religiös und eben auch durch die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen geprägt.

„Moderne Lebensformen haben so massive infrastrukturelle Voraussetzungen, dass sie ohne öffentliche Leistungen gar nicht möglich sind. Diese Leistungen schaffen aber ihrerseits irreversible Bedingungen für die Wahl- und Realisierbarkeitschancen von Lebensformen“, schreibt Ludwig Siep. Das bedeutet nicht weniger, als dass auch über das private Glück oder jedenfalls über dessen Rahmenbedingungen öffentlich und politisch entschieden wird.⁴

Dabei ist auch die Kirche gefragt. **Gerade am Beispiel von Ehe und Familie in Deutschland lässt sich die Rolle der Kirchen als Institution und politischem Akteur besonders gut nachverfolgen.** Ob es um Elternrechte und Kindererziehung, oder auch um die Verhinderung der Erwerbstätigkeit von Frauen ging – in diesem Feld hat sich die Kirche immer wieder positioniert. Das subsidiäre familienpolitische Modell in Deutschland ist im Miteinander der beiden großen Kirchen ganz wesentlich von der christlichen Soziallehre geprägt. Und dieses Leitbild wirkt bis heute nach – von den Sozialsystemen bis zur Halbtagschule. Das bedeutet aber auch: weil die Kirche für Familienpolitik wie auch für die Entwicklung von Erziehung und Pflege in Deutschland wesentlich Verantwortung trägt, hat sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich in dieses Politikfeld einzumischen. Dabei ist es unverzichtbar, den Blick zum über Deutschland hinaus auf Europa hin zu weiten. Denn es ist letztlich die europäische Rechtssprechung, die das Verhältnis von individueller Gleichstellung – zum Beispiel ehelicher und nichtehelicher Kinder oder homo- und heterosexueller Menschen – und dem Schutz der familiären Gemeinschaft auch in Deutschland verändert hat.

Die Orientierungshilfe setze das geschichtliche Gewordensein und den Wandel familiärer Leitbilder voraus, sagte der Ratsvorsitzende bei der Vorstellung. Dabei könne sie sich auch auf Martin Luther beziehen, der bei aller Hochschätzung als „göttlich Werk und Gebot“ die Ehe zum „weltlich Ding“

⁴ Vgl. Rahel Jaeggi, Kritik von Lebensformen, Berlin 2013

erklärt, das von den Partnern gestaltbar ist und gestaltet werden müsse – als generationenübergreifender Lebensraum mit Verlässlichkeit in Vielfalt, Verbindlichkeit in Verantwortung, Vertrauen und Vergebungsbereitschaft, Fürsorge und Beziehungsgerechtigkeit. Aus einem evangelischen Eheverständnis könne also deshalb eine neue Freiheit auch im Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen erwachsen – im Umgang mit Geschiedenen genauso wie mit Einelternfamilie oder auch mit gleichgeschlechtlichen Paaren. Der Rat der EKD hat die Überlegungen des Textes zu Fürsorge und Angewiesenheit, immer begrüßt und hervorgehoben. Genauso unstrittig war, dass die Kriterien, die eine gelungene Ehe ausmachen, auch auf andere Lebensformen Anwendung finden sollten. Strittig ist allerdings in der EKD, wie wichtig dabei die Vorstellung eines Leitbildes der Ehe als des traditionellen Modells für uns als Kirche ist.

6. Es gibt noch viel zu tun – zu den Konsequenzen

In der Debatte, die seitdem geführt wird, brechen Themen auf, die für die Kommission selbst keine Rolle gespielt haben oder nicht zum Auftrag gehörten: dass viel mehr Seelsorge und Gemeindepädagogik erwartet wird – persönliche Unterstützung für Menschen, die es schwer haben, Bindungen einzugehen und aufrecht zu erhalten, das hatten einige Ratsmitglieder schon auf dem Weg zur Veröffentlichung gespürt und artikuliert. Dass nicht nur die pastoralpsychologische, sondern auch die medizinische Seite im Text unterbelichtet ist – eben die Fragen von Sexualität, Generativität und Reproduktionsmedizin, hängt ebenfalls mit Auftrag und Zusammensetzung zusammen, bleibt aber ein Defizit. Dass schließlich die Frage der Institution in einer Zeit zunehmender Individualisierung und Vertraglichkeit theologisch noch einmal reflektiert werden muss – das ist ja einer der Aufträge, den der Rat an die Kammer für Theologie gegeben hat –, war während der Debatten in der Kommission schon spürbar. Und dass schließlich die hermeneutischen Fragen und die Auseinandersetzungen mit den entscheidenden Texten von der Genesis bis zum Scheidungsverbot noch einmal auf die Tagesordnung kommen müssen, ist gut und richtig. Fragen wie die nach der Verpflichtung, Kinder zu zeugen, wie sie jetzt gestellt werden, haben für die Kommission aber keine Rolle gespielt.

Die Debatten haben mich überrascht, aber sie haben mir auch geholfen zu verstehen, dass die Themen, die im Zentrum des Auftrags standen, unterschätzt werden. Das Care-Defizit, auf das wir zugehen, wird offenbar noch immer nicht wirklich wahrgenommen. Die familienpolitischen Herausforderungen werden noch immer als private und nicht als öffentliche begriffen. Deswegen neigen wir nach wie vor dazu, in diesem Bereich eher moralisch als sozialetisch zu denken. Auch deshalb geht es um Religion, um Normen und Werte – und eben nicht um Gesellschaftspolitik. Die familienpolitischen wie die kirchlich-diakonischen Handlungsfelder im Text werden so gut wie nicht diskutiert.

Ebenso wenig wird gesehen, dass Diakonie und kirchliche Familienverbände das hier beschriebene erweiterte Familienbild seit langem vertreten. Hier wird die bekannte Spaltung zwischen verfasster Kirche und ihren Verbänden sichtbar, deren politische oder familienpolitische Äußerungen als nachgeordnet verstanden werden, obwohl die soziologisch-politische Expertise gerade hier vorhanden ist. Die Zuständigkeit für lebensweltliche Themen ist seit langem an Verbände, insbesondere an die Diakonie „ausgelagert“ – oft gelingt es so, Konflikte zwischen Norm und Lebenswelt zu vermeiden. In der Konsequenz aber wird das kirchlich so zentrale Handlungsfeld „Familie“ in der evangelischen Kirche den letzten Jahren nicht systematisch weiterentwickelt und unterliegt in Landeskirchen und Diakonischen Werken ganz unterschiedlichen Zuständigkeiten; eine produktive Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und funktionalen Diensten fehlt.

Mehr als Familien Kirche brauchen, braucht die Kirche Familien: im Blick auf Ehrenamt, Fürsorge und religiöse Sozialisation. Deshalb bleibt es so wichtig, darüber nachzudenken, wie Kirche für gelingendes Familienleben eintreten kann und welche Kirche Familien brauchen – in der Verbindung von Gemeinde und Diakonie, in nachbarschaftlichen Netzwerken, aber auch als Arbeitgeberin ist Kirche gefragt, wenn es darum geht, Familie zu unterstützen: Das betrifft die Tarifgestaltung in den Erziehungs- und Pflegeberufen, genauso wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, es betrifft aber auch die Er-

wartung an Pfarrerinnen und Pfarrer. Pfarrhäuser bilden den Wandel ab: die wachsende Vielfalt von Familienformen hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder zu Konflikten im Pfarrhaus geführt – und umgekehrt war es nicht zuletzt das Pfarrhaus, in dem die protestantische Vorstellung von Familie geboren wurde. Da trifft es sich gut, dass in diesem Jahr nicht nur eine Pfarrhausausstellung in Berlin zu sehen ist, sondern dass im nächsten mit dem Jahr von Kirche und Politik alle die offenen Fragen aufgenommen werden können. Wir planen deshalb für diesen Sommer nach dem theologischen nun auch ein familienpolitisches Symposium.

Cornelia Coenen-Marx, Chemnitz 29.1.14